

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Mitredacteur: Theodor Probiß.

Ersteinst:
Täglich früh 7 Uhr.
Inserate
werden angenommen:
bis Abends 6. Son-
tags bis Mittags
12 Uhr.
Marienstraße 13.

Anzeige in die. Blatte
finden eine erfolgreiche
Verbreitung.

Auflage:
19,000 Exemplare.

Abonnement:
Bieteljährlich 20 Mgr.
bei unentgeltlicher Ver-
sehung in's Haus.
Durch die Königl. Post
vierteljährlich 22 1/2 Mgr.
Einzeln Rummern
1 Mgr.

Inseratenpreise:
Für den Raum einer
gespaltenen Zeile:
1 Mgr.
Unter „Eingelände“
die Zeile 2 Mgr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Leipzig & Reichardt. — Verantwortlicher Redacteur: Julius Reichardt.

Dresden, den 3. Juni.

— **Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten** am 1. Juni. Nach Beendigung der Reichstagsgeschäfte hat Hofrath Adernann wieder die Leitung der Stadtverordneten-sitzungen übernommen, er giebt in seiner Ansprache seiner Freude darüber Ausdruck, wieder in der Mitte der Stadtverordneten zu sein und an deren Arbeiten Theil nehmen zu können. Die Magistratsbrüche brachte verschiedene wichtige Mittheilungen des Stadtraths. Zuörderst wurden 100 Thlr. bewilligt, welche als Vergütung des Reiseaufwands für Besuch des zu Einig stehenden deutschen Feuerwehrtags an den städtischen Feuerlöschdirector und 2 Mitglieder der Feuerwehr gewährt werden sollen. — Der Wunsch des Gewerbevereins nach einem Gewerbegericht wird in nächster Zeit erfüllt werden. Nachdem die Sache von 1862 bis jetzt geruht hat, ist sie in Folge der Bundesgesetzgebung in ein anderes Stadium getreten und der Stadtrath ist der Ansicht, das in der Gewerbeordnung vorgesehene Schiedsgericht einzufügen. Dasselbe soll aus Mitgliedern des Stadtraths und der Stadtverordneten, sowie aus Arbeitsgebern und Arbeitnehmern bestehen. — Zur Deputation für Prüfung der inexistiblen Abgabenreste will der Stadtrath neben 23 Stadtverordneten noch 13 Mitglieder aus der Bürgerschaft deputiren, und will außerdem auf Verminderung der der Deputation zuzureichenden Prüfungsfälle Bedacht nehmen, aber hinsichtlich der Theilnahme von Stadtrathsmitgliedern an dieser Deputation es bei den bisherigen Verhältnissen bewenden lassen. — Advokat Julius Kreschmar hat um seine Enthebung von der Function als Stadtrath a. J. gebeten und sich auf ihm zur Seite stehende gesetzliche Bestimmungen der Stadtordnung bezogen. Diese machen es notwendig, daß auch die Stadtverordneten über die Entlassungsgründe ihre Meinung aussprechen und deshalb wurde die Sache an die Verfassungsdeputation zur Prüfung überwiesen. — Von der Rathschreibungsdeputation ist ein umfangreiches Gutachten über die Cassenverhältnisse des städtischen Vehrpenfionsinstituts innerhalb des mit dem 1. Dec. 1871 beginnenden zweiten Decenniums desselben erstattet worden. Das Gutachten hält eine stärkere Verengung der Mitglieder zur Deckung der bedeutenden Erfordernisse der Anstalt für unumgänglich notwendig und glaubt, daß die Willkürscheidungen nicht verlegt werden, wenn für die Volksschullehrer die Jahresbeiträge auf 4 Proc. bei einem Dienstverdienst bis mit 600 Thlr. 5 Proc. bei einem solchen von 600 bis mit 800 Thlr. und 6 Proc. bei einem verglichen über 800 Thlr. erhöht und andere Bestimmungen hinsichtlich der Beförderungsgelder getroffen würden. In letzterer Beziehung schlägt das Gutachten vor, daß von einem Mitgliede, welches in eine höher dotirte Stelle aufrückt oder eine Beförderungszulage erhält, die Beförderungserhöhung auf 6 Monate an die Cassen zu zahlen ist. — Die Erweiterung des sächsisch-schlesischen Bahnhofs macht die Erweiterung mehrerer Feldparzellen notwendig. Die Generaldirection der Staatsbahnen hat mit dem Stadtrathe Verhandlungen gepflogen und man ist übereingekommen, den sogenannten Schulweg an der Vögnitzstraße zu lassen und der Stadt gehörige Parzellen um 10 Mgr. pro Quadratel lauslich an den Fiscus abzutreten. — Die neue Schulgesetznovelle bedingt eine fernere Etablierung der Lehrer und Directoren der hiesigen städtischen Elementarschulen. Vom Stadtrathe sind Vorschläge gemacht worden, welche wie bei den übrigen zuletzt erwähnten städtischen Vorlagen von der Finanzdeputation zu prüfen sind. — Zur Tagesordnung übergehend, wählte das Collegium an Stelle des aus der Schuldeputation geschiedenen Stadtverordneten Kausler den Stadtverordneten Direktor Krenkel in die Schuldeputation und nahm sodann den vom Protoc. Advokat Schanz erstatteten Bericht über die Rechtsverhältnisse der Friedrichstädter Friedhöfe resp. deren Mißbenutzung für die im Stadtfrankenhaus verstorbenen Nichtparochianen entgegen. Referent verbreitete sich in klarer und durchsichtiger Weise über die ziemlich verwickelten Verhältnisse. Er erwähnte, daß der Kirchenvorstand in Friedrichstadt das Interesse der Parodie für geschädigt hält, weil so viele Nichtparochianen, die im Stadtfrankenhaus sterben, auf dem Friedrichstädter Kirchhofe beerdigt werden und nicht volle Entschädigung für die Benutzung des Friedhofs gewährt werde. Die aus der Mitte des Kirchenvorstands gewählte außerordentliche Deputation ist dieser Sache nahe getreten, hat einen eingehenden Bericht über die Angelegenheit erstattet und am Schluß verschiedene Entschädigungsansprüche gegen die politische Gemeinde geltend gemacht. Der gesammte Friedrichstädter Kirchenvorstand hat diese Anträge zu den seinigen gemacht und sie beim Stadtrath eingereicht. Bei Verlegung des Stadtfrankenhauses nach Friedrichstadt im Jahre 1849 ist es verfahren worden, Verhandlungen zu führen, wie es mit dem Friedrichstädter Kirchhofe zu halten sei bezüglich der im Stadtfrankenhaus sterbenden Nichtparochianen. Schon nach wenigen Monaten hat sich ergeben, daß der damalige Kirchhof nicht ausreichen werde, und man hat 1851

eine Erweiterung desselben vorgenommen. 1200 Thlr. hat das Kirchennar getragen und 2043 Thlr. sammt Zinsen sind nach einem Quotalverhältniß, das sich aber als vollständig unrichtig und für die Parodie ungünstig darstellt, indem man keinen Unterschied zwischen Kindern und Erwachsenen gemacht hat, durch die sogenannten Erbegeher vom 1. Juli 1854 an — 1 Thlr. für jedes Grab — zu bedien gewesen. Diese 2043 Thlr. sind auch nach 11 Jahren abgezahlt worden. 1868 hat eine fernere Erweiterung des Kirchhofes mit einem Aufwande von 5200 Thlrn. stattgefunden. 1000 Thlr. fallen auf das Kirchennar und 4200 Thlr. sollen aus dem Erbegeherfond gedeckt werden. Außerdem ist eine Leichenhalle, eine Todtenbettmeisterwohnung und Parientationshalle mit einem Aufwande von 4600 Thlr. erbaut worden. Für 1871 wird sich voraussichtlich eine fernere Erweiterung des Kirchhofes notwendig machen. Mit Rücksicht, daß die Parodie durch die bisherige Mißbenutzung ihrer Gottesäcker zu den Verdrängungen der im Krankenhaus verstorbenen Nichtparochianen bedeutend geschädigt worden, wie dieß der Bericht des Weitem auseinandersezt, und in Anbetracht der eventuellen künftigen Gefährdung der Parodie hat der Kirchenvorstand bei der Kircheninspektion die baldige Etablierung der Mißbenutzung des betreffenden Friedhofs zu Verdrängungen aller Nichtparochianen aus dem Stadtfrankenhaus sowohl, als auch aus den übrigen nach Friedrichstadt verlegten Heil- und Versorganstalten, soweit nicht für selbige etwa eine ausdrückliche Berechtigung zur Mißbenutzung des Parochialgottesackers nachgewiesen werden kann, beantragt. Der Stadtrath hält die Durchführung dieses Antrags für unmöglich, verhält sich den formulirten Entschädigungsansprüchen des Kirchenvorstands gegenüber durchaus ablehnend, weil Vereinbarungen früher stattgefunden und diese auch die Genehmigung der Oberbehörde erhalten hätten, und will nur die Restitution eines Zinsbetrags von 245 Thlr. 7 Mgr. 2 Pf. zugestehen. Auch die vereinigte Verfassungs- und Finanzdeputation, obwohl sie die große Belastung für die Friedrichstädter Parodie in dieser Beziehung nicht verkennt, auch zugestehen will, daß die früheren Verhandlungen und Abschlüsse ungünstig für die Friedrichstadt seien, schlägt vor, dem Stadtrathe beizutreten, beizutreten namentlich auch die vom Stadtrath vorgeschlagene Erhöhung der zu gewährenden Erbegeher von 1 Thlr. auf 1 Thlr. 10 Mgr. und erklärt sich bereit, auch einer Erhöhung der Erbegeher bis auf 1 Thlr. 15 Mgr. zuzustimmen, sie vermag aber nicht die sonstigen Entschädigungsansprüche anzuerkennen. Die Deputation hofft, daß durch die Erhöhung der Erbegeher die Schädigung der Interessen der Parodie aufhören werde, wie denn auch in Betracht zu ziehen sei, daß die Friedhöfe in das Eigenthum der Friedrichstädter Kirche übergingen und bei späterer erfolgter Wiederbenutzung ein Nutzen für das Kirchennar erwachsen würde. Die Deputation beantragt weiter, daß eventuell in Friedrichstadt ein städtischer Begräbnisplatz vorzugsweise für die in den öffentlichen Anstalten Verstorbenen hergestellt werde. Eine 2 1/2 stündige Debatte knüpft sich an den Vortrag. Stadtr. Schilling spricht warm für die Friedrichstadt, zählt alle die Unzuträglichkeiten auf, die da Zeugnis ablegen, daß die Friedrichstadt sich nicht einer besonderen Gunst der Stadtgemeinde zu erfreuen habe. Deshalb sei es billig, in dieser Frage die Friedrichstädter Kirche durch eine Baushumme zu entschädigen. Er beantragt, der Stadtrath möge sich mit dem Friedrichstädter Kirchenvorstand über eine angemessene Entschädigung für die Vergangenheit und über eine entsprechende Vergütung für die Folgezeit verständigen und an das Stadtverordnetencollegium Mittheilung machen. Die Friedrichstädter, Dr. Liebe und Dr. Nothe, sowie Kaufmann Walter, befürworten diesen Antrag, welcher von Dr. Wigard bekämpft wird. Letzterer hält überhaupt für unbillig, daß der Friedrichstädter Kirchenvorstand mit solchen Entschädigungsansprüchen an die politische Gemeinde kommt, aber dieser werde nicht allein stehen bleiben, wenn heute ein beifälliger Beschluß gefaßt werde, man müsse daher an den bereits im Collegium angenommenen Antrag auf Herstellung zweier allgemeiner städtischer Begräbnisplätze den Stadtrath erinnern. Referent stellt einen darauf bezüglichen Antrag, wonach der Stadtrath nunmehr Einkleitung treffen und Vorschläge zu Herstellung zweier Begräbnisplätze, einen für Altstadt und den andern für Neustadt, machen soll. Referent Schanz replirt den Vorschlag der Friedrichstädter Entschädigungsansprüche und bringt den Antrag ein, um wenigstens so weit als möglich Friedrichstadt zu helfen, daß aus dem Erbegeherfond zunächst die Zinsen für die Kirchhofschulden, welche jetzt 8400 Thlr. betragen, gezahlt werden. Bei der Abstimmung wird der Schilling'sche Antrag mit 31 gegen 22 Stimmen verworfen, die Deputationsanträge werden angenommen, und der Schanz'sche, als Wigard'sche Antrag mit Majorität ausgehoben. — Die Pensionierung des Schulpflichtboten Schindler mit jährlich 132 Thlr. 2 1/2 Mgr. wird genehmigt. — In Folge Antrags des Collegiums ist eine gemischte Deputation zur Revision des Gemeindeanlagensystems niedergesetzt worden, welche zu bestimmten Anträgen in ihrer Majorität nicht gelangen konnte, da die

hälfte derselben einer städtischen Einkommensteuer, die andere Hälfte der Beibehaltung der jetzigen Steuerart mit Abänderung einiger Bestimmungen des Regulativs das Wort rebete. Der Stadtrath hat sich schlüssig gemacht und auch die Finanzdeputation, welche einen schriftlichen Bericht erstattet hat. Letzterer hat am Dienstag erst an die Mitglieder versendet werden können. Auf der Referententribüne fand eine Vertheilung nicht statt. Die Deputation schlägt durch ihren Referenten vor, wegen der Wichtigkeit der Sache, diesen Bericht erst in 14 Tagen in Verathung zu nehmen, ihn aber als Beilage dem Anzeiger beizugeben, damit die Einwohnerschaft davon Kenntnis nehmen, resp. ihre Meinung darüber aussprechen können. Das Collegium beschließt demgemäß. — Die Vorschläge des Kirchenvorstands der Annen-Parodie als Parochialanlage 9, 3, 1 1/2 Pf. zu erheben wurden gutgeheißen und sodann zu Verathung des Communicats des Stadtraths oder Erweiterung des Stadtfrankenhauses betreffend übergegangen. Referent Stadtr. Hartwig betont, daß es sich gegenwärtig nur um Raumbeschaffung handle, nicht um die Reorganisation der Anstalt. Ersteres wurde von Allen als dringend geboten erachtet. Es soll erbaut werden ein Haus, vorzugsweise für Geisteskranken mit 32 Betten, ein Haus mit 100 Betten und 2 Pavillons. Vom Baradenbau hat man abgesehen, da unser Klima sich nicht dafür eigne. Nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse, und nachdem sich herausgestellt, daß eine Ersparung sich nicht geltend machen lasse, den Anträgen des Stadtraths gegenüber, schlägt die Deputation vor, sich mit den Vorschlägen des Stadtraths im Allgemeinen einverstanden zu erklären und den Specialplänen mit Kostenanschlägen entgegen zu setzen. Einstimmig und ohne Debatte genehmigte das Collegium den Deputationsantrag. — Als letzter Hauptgegenstand kam nach 4 1/2 stündiger Sitzung die Herstellung einer directen Fahrverbindung zwischen der Rumpsch und Villnitzer Straße zur Verhandlung. In der Hauptsache hat das Collegium schon in seiner Sitzung sich schlüssig gemacht. Der Aufwand beträgt 10816 Thlr. Nur hinsichtlich der Beschaffung dieser Mittel besteht eine Differenz zwischen Stadtrath und Gemeindevertretung, indem Letzterer die Anschaffung auf den nächstjährigen Haushaltsplan wollte, Ersterer aber einen Theil und namentlich die Anzahlung an den Fiscus aus Pos. 44 zu bestreiten die Absicht hatte, und den Rest aus der in Aussicht stehenden Anleihe denken wollte. Im Uebrigen acceptirt die Deputation die Forderung des Stadtraths, daß die Kosten für Verlegung des Monumentums 14 bis 1500 Thlr. aus der Güng'schen Stiftung bestritten werden. Das Collegium genehmigte, entgegen dem Antrage der Finanzdeputation, welche auf ihrem früheren Antrage beharren wollte, den Antrag des Stadtr. Lehmann, daß der Stadtrath die beim Abschluß erforderliche Anzahlung bis zum Austrag der Differenz als Darlehn aus der Sparcasse entnehmen solle, damit mit der Herstellung sobald als möglich begonnen werden könne. — In der norddeutschen Armee ist mit Reorganisation des Sanitätswesens auch der Statistik des Gesundheitszustandes derselben besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden, welche für die Gesundheitspflege die wichtigsten Resultate verspricht. Es wird über die Erhebungen auf diesem Gebiete alljährlich eine aus den genauen Monatsberichten der Truppentheile zusammengestellte Uebersicht veröffentlicht werden, welche mit Einhaltung streng wissenschaftlicher Grundsätze sich über alle hierher einschlägigen Beziehungen verbreiten soll. Namentlich werden diese Beobachtungen auch auf die Gesundheitszustände der einzelnen Garnisonstädte und ihrer Civilbevölkerung Anwendung finden und dadurch zugleich für die bürgerliche Gesundheitsstatistik eine nicht geringe anzuschlagende Bedeutung besitzen. Außerdem werden sich dieselben noch vorzugsweise auf die Krankenverhältnisse nach Einstellung der Rekruten, wie auf den sanitären Einfluß der Verpflegung, insbesondere der Qualität und Variationen der Speisen, die Wasserversorgung endlich auf die Einflüsse des Dienstbetriebs, der Gynastik, Manöver und sonstigen Factoren erstrecken. Nicht unwesentlich erscheint zugleich, daß auf diese Weise über die Sterblichkeitsverhältnisse der Armee und namentlich auch über die in derselben vorkommenden Selbstmordfälle ein genauer actenmäßiger Anhalt gewonnen werden wird, der gestattet, eine Steigerung oder Abnahme dieser Verhältnisse genau zu constatiren. — Vorgeföhrt ist der bekannte vollständige Jahrsplan der Eisenbahnen Sachsens incl. der Eisenbahnkarte in der Druckerei von Blochmann und Sohn in erneuerter Auflage (Ausgabe vom 1. Juni) erschienen und ist das Heftchen nunmehr seinem Inhalte nach ganz vollständig und exact ausgearbeitet, so daß es als unfehlbarer Führer auf der Reise mit der Bahn, dem Dampfschiffe, oder der Post dient, während der Droschken- und Adler-Tarif und das Verzeichniß der Schenkwürdigkeiten Dresdens als nützliche Beigabe figurirt. Das handliche Format, sowie der billige Preis von einem Neugroschen hat seine Anerkennung erlitten. — Um der Ministerial-Verordnung, „Schutz der Vögel betreffend“, möglichst nachzukommen, haben eine Anzahl Land-